

II-6681 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3316/J

1989 -02- 2 8

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Rieder
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend Vorgangsweise der Justiz in der causa Löschenkohl.

Vor kurzem wurde der Bericht der Oesterreichischen Nationalbank über eine bei der Bundesländer Versicherung im Dezember 1987 vorgenommene devisenrechtliche Untersuchung der Öffentlichkeit bekannt. Dieser Bericht schildert die Merkwürdigkeit, dass die Bundesländer Versicherung der Vermittlung eines in London sesshaften Versicherungsmaklers bedurft haben soll, um mit Unternehmungen der österreichischen Elektrizitätswirtschaft zu Versicherungsverträgen zu kommen. Jedenfalls sind aus diesem Titel Millionenbeträge als "Provisionszahlungen" seitens der Bundesländer Versicherung gezahlt worden.

Der Bericht der Oesterreichischen Nationalbank gibt in mehrfacher Hinsicht Anlass zur strafrechtlichen Prüfung, und zwar nicht nur im Hinblick auf mögliche Steuerhinterziehungen, sondern vor allem auch wegen des Verbrechens der Untreue seitens der beteiligten Geschäftsführer und leitenden Angestellten der Bundesländer Versicherung.

Besonders auffällig ist dabei der Umstand, dass nach dem Bericht und den Auszahlungsbelegen Dr. Ruso noch am 2. Jänner 1986 einen Millionenbetrag angewiesen haben soll, obwohl er bereits am 19. Dezember 1985 sein Vorstandsmandat zurückgelegt und sein Dienstverhältnis mit dem Unternehmen einvernehmlich gelöst hat.

- 2 -

Umso dringlicher stellt sich die Frage, was Staatsanwalt und Gericht auf Grund des Berichtes der Oesterreichischen Nationalbank unternommen haben. Denn der Bericht ist bereits am 2. Feber 1988, also vor mehr als einem Jahr, dem Landesgericht für Strafsachen Wien zum Aktenzeichen 27 St 72341/86 übermittelt worden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e:

1. Welche Verfügungen hat das Landesgericht für Strafsachen Wien auf Grund des Berichtes der Oesterreichischen Nationalbank vom 2. Feber 1988 getroffen ?
2. Welche Beurteilung fand der Bericht durch die staatsanwaltlichen Behörden ?
3. Welcher Staatsanwalt ist zur Bearbeitung dieses Berichtes zuständig ?
4. In welcher Weise wurde das Bundesministerium für Justiz oder die Oberstaatsanwaltschaft mit dem Bericht der Oesterreichischen Nationalbank befasst ?